

Call for Papers

Wissenschaft im Nationalstaat. Historische und aktuelle Konstellationen im globalen Vergleich, 1800-2010

Universität Tübingen, 11.-13. September 2014

Die Tagung dient der Exploration des Verhältnisses von Wissenschaft und Nationalstaat aus einer neuen Perspektive. In den „traditionellen“ Wissenschaftsnationen wie England, Frankreich, Deutschland oder den USA entwickelte sich die Wissenschaftsprofession in einer Allianz mit dem schützenden politischen Souverän, so wie umgekehrt die akademischen Professionen für die Konsolidierung der Nationalstaaten höchst bedeutsam waren. Die Tagung soll helfen, die historischen und zeitgeschichtlichen Konstellationen von Wissenschaft und Nationalstaat in Europa und Nordamerika zu klären, um diese mit weiteren jüngeren Entwicklungen zu vergleichen; einerseits mit „neuen Nationalstaaten“ wie China oder Indien, die ihre Forschungsinstitutionen in den letzten Jahrzehnten massiv ausgebaut haben, andererseits mit dem neu entstehenden, suprastaatlichen Forschungsraum der Europäischen Union. Worin konstituiert sich dort jeweils das Verhältnis von Wissenschaft und Staat/Politik? Welche Rolle kommt den akademischen Professionen in der Öffentlichkeit zu? Wie wirken sich „nationale Weichenstellungen“ auf die konkrete Wissenschaftspraxis aus?

Gegenwärtig erleben wir weitreichende Veränderungen der Wissenschaftssysteme. Neben dem Umbau der Hochschullandschaften und der Schaffung immer tiefgreifender Instrumente der Forschungssteuerung gehört zu diesem Prozess die Internationalisierung von Forschung und Lehre, die bis dato unbekannte Dimensionen erreicht hat.

Es ist selbstverständlich geworden, dass Wissenschaftler im Laufe ihrer Berufsbiographie mehrfach zwischen Forschungslabors und -universitäten in Europa, den USA und Asien hin und her wechseln. Die Anzahl internationaler Forschungsprojekte und -kooperationen war wohl nie grösser und wird von nationalen Wissenschaftsorganisationen gezielt gefördert. Die EU bemüht sich mit dem Bologna-Prozess (1999) und mit der Lissabon-Strategie (2000) um die Schaffung eines europäischen „Bildungsraums“ (European Higher Education Area) und einer europäischen Forschungsförderung (European Research Area), die in manchen Wissenschaftszweigen wie z. B. der Astronomie relativ weit fortgeschritten ist. Hochschulen bemühen sich um ihr internationales Renommee und konkurrieren um vielversprechende Studenten. Die westlichen Nationen können trotz ihrer reichhaltigen Forschungs- und Lehrtradition nicht mehr uneingeschränkt punkten, seitdem Länder wie China, Südkorea, Brasilien oder die Vereinigten Arabischen Emirate eigene Universitäts- und Wissenschaftssysteme ausbauen. In der Form von Rankings haben sich neue Formen des Vergleichs auf globaler Ebene etabliert. Diese Beurteilungskriterien gehören zu einem Managementwissen, das weltweite Geltung beansprucht und nationale Traditionen überformt. Insgesamt üben Vergleichs- und Managementinstrumente, auch ausgehend von der OECD, auf die nationalen Wissenschafts- und Bildungssysteme einen erheblichen Anpassungsdruck aus.

Auch die Kommunikationsformen der *scientific community* werden immer internationaler. Die Zusammensetzung von Laborteams ist multinational, wichtige Forschungsentwicklungen werden rund um den Globus rezipiert. Diese Tendenz zeigt sich in der wachsenden Zahl

internationaler Meetings und Kongresse und in der wachsenden Bedeutung englischsprachiger Wissenschaftsverlage und weltweit jederzeit zugänglicher Internet-Portale.

Die Entwicklungen legen die Vermutung nahe, dass sich die Verankerung von Wissenschaftlern in ihren nationalen Wissenschaftskulturen lockert und in der Spitze sogar auflöst. Es entsteht ein Wissenschaftlertyp, der sich (ähnlich wie man dies für Manager international operierender Unternehmen feststellt) kaum mehr an eine nationale Wissenschaftskultur gebunden fühlt. Wissenschaftler lassen sich dort nieder, wo sie die günstigsten rechtlichen und/oder finanziellen Bedingungen für ihre Forschungen finden. Die Stammzellenforschung ist hierfür ein beredtes Beispiel. Die Wissenschaft scheint der Realisierung einer *international community* näher denn je. Daraus ließe sich auf die schwindende Relevanz des Nationalstaates für die Wissenschaft schließen, so wie es allgemeinere Deutungen der nachlassenden Bedeutung des Nationalstaates suggerieren.

Gegen diese Einschätzung spricht aber der erwähnte massive Ausbau der nationalen Wissenschaftssysteme durch einzelne Staaten wie etwa China. Ehemalige Schwellenländer wetteifern um die Förderung von Forschung und Lehre, um die Herausbildung einer akademischen Elite und speziell um Ingenieure für die wirtschaftlich-technologische Entwicklung. Auch in Europa und in Nordamerika leiten nationale Interessen die Wissenschaftspolitik: Führende amerikanische Universitäten etwa erwägen eine Begrenzung von Doktorandenstellen für Ausländer aus Sorge vor der Förderung künftiger Konkurrenz. Die europäische Forschungsförderung verfolgt das politische Ziel, „Kleinstaaterei“ zu überwinden und Synergien zu fördern auch deshalb, um gegen die internationale Konkurrenz zu bestehen.

Diese teils widersprüchlichen Beobachtungen bieten Anlass, aus soziologischer und geschichtswissenschaftlicher Perspektive das Verhältnis von Wissenschaft und modernem Nationalstaat neu zu sondieren. Dabei wollen wir zeitdiagnostische mit historischen Analysen verbinden.

So wie die Gründungskonstellationen der modernen Nationalstaaten bedeutsam für die Herausbildung nationaler Wissenschaftssysteme und -traditionen waren, spielte umgekehrt Wissenschaft als Profession eine wichtige Rolle bei der Gründung und Konsolidierung von Nationalstaaten. Seit der Gründung der Royal Society im 17. Jahrhundert ist die Erfahrungswissenschaft zum verbindlichen Diskurs zur Klärung von Wissensfragen avanciert. Ihre Institutionalisierung erfolgte in der Allianz mit einem sie rechtlich schützenden politischen Souverän, der es der Profession ermöglichte, ihren auf Erfahrung, Experiment, und methodischer Geltungsüberprüfung basierenden Diskurs auch gegen doktrinaire und religiöse Weltanschauungen institutionell zu befestigen. Als ihr Förderer band sich der Souverän zugleich selbst an Werte des wissenschaftlichen Universalismus. Er überließ der Wissenschaftsprofession die Bestimmung relevanter Themen und Fragen, das Urteil über wissenschaftliche Qualität, und häufig auch die Auswahl geeigneten Personals sowie ein Budget zur Finanzierung von Stellen und Projekten. (Dies schloß freilich nicht aus, daß der Souverän die Wissenschaft nicht auch zu beeinflussen versuchte). Im Gegenzug wurden die akademischen Professionen ihrerseits zu einer wichtigen Stütze moderner Nationalstaaten – ihrer Volkswirtschaften, Bildungswesen und Gesundheitssysteme.

Dieses wechselseitige Verhältnis wird in kultur- und wissensgeschichtlichen Forschungen oft übersehen. Es bleibt aber wichtig, um für die Entwicklung seit 1800 und bis heute zu fragen, welche Quellen für die Verbindlichkeit wissenschaftlicher Diskurse entstehen, wenn die alten Nationalstaaten Souveränitätsrechte abgeben, wenn, wie in der EU bislang, eine

Forschungsförderung oberhalb nationaler Volkssouveräne entsteht, oder wenn die politische Herrschaft nicht oder nur bedingt demokratisch legitimiert ist.

Es ergeben sich die folgenden Leitfragen für einen diachronen und internationalen Vergleich, den die Tagung für die Entwicklung seit 1800 ermöglichen soll: (1) Was sind die klassischen Gründungskonstellationen (und Gründungsmythen) der alten Wissenschaftsnationen in Europa und Nordamerika, und im Vergleich dazu die wichtigsten, bis heute sichtbaren Strukturmerkmale ihrer nationalen Wissenschaftssysteme? (2) Wie gestaltet sich dieses Verhältnis in jüngeren Nationalstaaten wie China, Brasilien oder Indien? (3) Was ergibt sich vor dem Hintergrund dieser Entwicklung wiederum für Europa und Nordamerika in der jüngsten Zeitgeschichte, also für die historische Phase seit etwa 1970?

Erwünscht sind Beiträge, die anhand konkreter Studien das komplexe Verhältnis von Wissenschaftsprofession und Nationalstaat exemplarisch beleuchten helfen. Die Studien können Ereignisse nationaler Wissenschaftsgeschichte oder die Entwicklung verschiedener Staaten miteinander vergleichen, sie können aber auch bei aktuellen Entwicklungen ansetzen, um ihre historische Emergenz zu analysieren.

Aus den Leitfragen ergeben sich mögliche Themen für Beiträge:

(1) „Traditionelle“ Wissenschaftsnationen

Welche Rolle spielte die Wissenschaftsprofession in wichtigen Reformen nationaler Wissenschaftssysteme, etwa in der Reformphase deutscher Universitäten nach 1810 oder in der Transformation der amerikanischen Universitäten nach 1870? Von Interesse sind auch wissenschaftspolitische Kontroversen im Umfeld wichtiger Strukturentscheidungen wie z.B. bei Neugründungen von Forschungsorganisationen (Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, National Science Foundation bzw. National Institutes of Health, usw.)? Auf welche Weise verändert das verstärkte Interesse staatlicher Akteure an der Förderung von anwendungsbezogener Wissenschaft seit den Weltkriegen die Strukturen und Handlungsoptionen von Forschung? Wie ist hier das im Vergleich mit anderen Nationen eher späte staatliche Interesse an einer Förderung von Wissenschaft in den USA einzuschätzen? Interessant sind auch innerwissenschaftliche Debatten angesichts politischer Interessenlagen, etwa im Kontext von „Kolonial-Staat“, Krieg und Militär oder „Wirtschaftsstandort“.

(2) „Junge“ Wissenschaftsnationen

Was sind die Haupttriebfedern für die Entwicklung von Wissenschaftssystemen in Ländern wie China oder den VAE? Welche kulturellen Besonderheiten zeichnen sich in den neuen Wissenschaftssystemen dieser Länder ab? Welche Bedeutung haben wissenschaftliche „Diaspora-Communities“ für Länder wie Indien oder China? Zielt die Politik in „jungen“ Wissenschaftsnationen vornehmlich auf eine Technologieentwicklung im Sinne nationaler Prosperitätspolitik? Welche Bedeutung hat die Grundlagenforschung? Welche Spielräume haben hier Forschungsakademien oder Universitäten in Konflikten mit dem Staat? Wie wird in Ländern wie China die Förderung der Grundlagenforschung und der Geisteswissenschaften legitimiert? Wie gestaltet sich hier eine Autonomie der Wissenschaft? Und welche politische Bedeutung kommt dabei wissenschaftlichen Fach- und Berufsverbänden zu?

(3) „Traditionelle“ Wissenschaftsnationen seit 1970

Folgt die EU-Forschungsförderung dem Modell der Ressortforschung und fördert sie in erster Linie verwaltungsnaher Themen der EU-Administration oder zeichnet sich auch auf europäischer Ebene eine autonome Grundlagenforschung ab (etwa in der Astronomie)? Welche Bestrebungen gibt es, die Wissenschaften auf europäischer Ebene institutionell weiter

zu formieren (Gründung einer europäischen Akademie, europäische Fachverbände, Europa-Universitäten) und welchem Konzept folgen sie? Welche Bedeutung hatten Versuche, einen europäischen Forschungsraum zu schaffen, für die Forschungstraditionen der einzelnen europäischen Länder? Welchen Stellenwert hat etwa die Lissabon-Strategie für die nationalen Wissenschaftsorganisationen DFG, Agence Nationale de la Recherche, usw.? Gibt es historische Vorbilder für eine Konvergenz einzelstaatlicher Systeme, etwa die amerikanischen Bundesstaaten oder die deutschen Kleinstaaten während des 19. Jahrhunderts? Nimmt die Entwicklung in Europa einen europäischen Nationalstaat vorweg? Oder handelt es sich um ein suprastaatliches Elitenkonzept, das selbst wiederum auf historische Vorläufer verweist? Wie hat sich seit 1945, spätestens jedoch seit 1960 das globale Wissenschaftssystem durch internationale Organisationen jenseits der Nationalstaaten verändert? Schließlich stellt sich die Frage, welche Loyalitätskonflikte sich in den letzten Jahrzehnten für Wissenschaftler ergeben haben und wie sie gelöst worden sind. Welches Verhältnis hatten Wissenschaftler verschiedener Generationen zum Nationalstaat und welche Spannung ergab sich angesichts ihrer Verpflichtung zur universalistischen Wissenschaft?

Die Tagung findet statt an der Universität Tübingen vom 11. bis 13. September 2014. Für die Übernahme von Reise- und Übernachtungskosten, die den Referenten entstehen, haben wir Mittel beantragt.

Vorschläge für Beiträge bitte bis zum 31. August 2013 an science.nationstate@gmail.com.

PD Dr. Andreas Franzmann, Soziologie, Tübingen
PD Dr. Axel Jansen, Seminar für Zeitgeschichte, Tübingen
AR Dr. Peter Münte, Soziologie, Bielefeld